

**Besser zusammen leben**

**Mieux vivre ensemble**



**7. Nationales Treffen der kommunalen und kantonalen Ausländerkommissionen  
und Kommissionen für Integration**

**Freiburg, 10. Juni 2010**

**Synthesebericht**

## Synthese

Die Integrationsdebatte wird massgeblich geprägt durch unser Bild von den Zuwanderern. Dabei ist die sichtbare Andersartigkeit der „Fremden“ von grosser Bedeutung: Aussehen, Kleidung, kulturelle und religiöse Praktiken. Menschen aus Afrika, Asien und dem arabischen Raum, streng gläubige Muslime unterscheiden sich sichtbar von den Einheimischen. Zwei Drittel der Zuwanderer in der Schweiz stammen jedoch aus EU- und EFTA-Staaten. Zu den grössten Zuwanderergruppen zählen Menschen aus den Herkunftsländern: Italien, Deutschland, Portugal, Serbien und Frankreich. Die reale Zuwanderung ist demnach europäisch geprägt. Ein differenzierter Blick auf die vielfältige Realität der Zuwanderung ist notwendig. Hier stellt sich dann auch die Frage, wie auf die Zuwanderer-Communities zugegangen wird, welche Signale von der Integrationsdebatte ausgehen, welche Themen im Vordergrund stehen und wen man erreichen möchte.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess, er richtet sich sowohl an die Zuwanderer als auch die Aufnahmegesellschaft. Legt man den strukturellen Integrationsbegriff zugrunde, so bedeutet Integration die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben unter Respektierung der kulturellen Eigenart. Hier hat die Schweiz eine relativ positive Bilanz vorzuweisen. Feststellbar sind eine zunehmende Heterogenität der Zuwanderergruppen und insgesamt eine Diversifizierung der Gesellschaft.

Francis Matthey, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen, erklärt in seinem Grusswort, dass sich die Gesellschaft vor dem Hintergrund der Entwicklungen über die Werte des Zusammenlebens neu verständigen muss. Als Ziel fordert er eine solidarische Gesellschaft und aufwertende Lebenskonstellationen. Migrantinnen und Migranten seien wichtig für den sozialen Zusammenhalt des Landes und für die wirtschaftliche Entwicklung. Die zunehmende Zersplitterung und Individualisierung sei eine Herausforderung für moderne Gesellschaften. Der gesellschaftliche Wandel werde von einer verunsicherten Mittelschicht begleitet, die Öffnungsprozessen skeptisch bis ablehnend gegenüber stehe.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung werden unterschiedliche Ansätze regionaler und kommunaler Integrationspolitik präsentiert.

Pierre-Alain Clément, Stadtpräsident von Freiburg, erklärt, dass die Internationalisierung der Stadtgesellschaft und die multikulturelle Entwicklung die Attraktivität Freiburgs erhöhe. 30 Prozent der Bewohner seien Ausländer, darunter viele Studentinnen und Studenten, die die offene und tolerante Atmosphäre der Stadt begünstigten. Die Zukunft der Stadt sieht er im interkulturellen Zusammenleben.

Integrationspolitik im Kanton Freiburg sei pragmatisch und werde mit geringen Ressourceneinsatz geleistet, so Erwin Jutzet, Staatsrat und Vizepräsident der Freiburger Regierung. Ein Leitbild für Integration sei in der Vernehmlassung. Ziel sei die Initiierung einer Debatte zu Integrationsfragen insbesondere im politischen Raum. Wichtig sei dabei der interkulturelle Dialog mit muslimischen Bürgerinnen und Bürgern. Diesen Diskurs habe der Kanton mit einer kritischen Stellungnahme zum Minarettverbot eingeleitet.

## Zusammenleben im Rheintal: «mitenand statt nebetenand»

Der Beitrag von Jürgen Nagel, Präsident der Integrationskommission von St. Margarethen, beginnt mit einem kurzen Fernsehbericht über die Situation in St. Margarethen. Die Gemeinde habe mit 44% den höchsten Ausländeranteil der Schweiz. Viele Ausländerinnen und Ausländer stammten aus Balkanstaaten, vorwiegend aus Albanien. Die Gemeinde zähle mittlerweile mehr Muslime als Reformierte. In den Augen der kommunalen Verantwortlichen sei der soziale Zusammenhalt durch den hohen Ausländeranteil gefährdet. Hauptprobleme seien der grosse Anteil

bildungsferner Schichten, eine hohe Arbeitslosigkeit insbesondere bei ausländischen Jugendlichen, eine ausgeprägte Wohn- und Schulsegregation (70 % der Schüler haben ausländische Eltern). Die Dominanz der Ausländer im öffentlichen Raum führe bei den Einheimischen zu Unsicherheitsgefühlen.

Die Gemeinde leide unter einem negativen Image und der Stigmatisierung als «Migrantenmekka», welche potentielle Investoren abschrecke. Mit dem Projekt «mitenand statt nebetenand» will die Gemeinde diesem Stigma begegnen und positive Signale setzen. Sie setzt dabei tendenziell auf eine „reaktive, eher sanktionierende Integrationspolitik“, in deren Zentrum Integrationsvereinbarungen mit den Zuwanderern stehen, die Anpassungsanforderungen an die Zuwanderer stellen. Die Unterzeichnung einer Integrationsvereinbarung sei freiwillig, sie schreibe Rechte und Pflichten der Zuwanderer fest. So haben die Zuwanderer Anspruch auf den Besuch von Sprachkursen, gleichzeitig führt der Nichtbesuch von Deutschkursen zur Kürzung der Sozialhilfe. Mit der Vereinbarung werde erwartet, dass sich die Zuwanderer am Gemeindeleben beteiligen, im Gegenzug soll als positive Anreizfunktion die Erlangung des Bürgerrechts erleichtert werden.

Die Gemeinde hat die Stelle eines Integrationsbeauftragten und eine Steuerungsgruppe zur Koordination der Integrationsaktivitäten eingerichtet. Ein wichtiger Baustein der Integrationsarbeit ist die Quartiersentwicklung, um die Herausbildung von «Parallelgesellschaften» zu verhindern. Dabei setzt die Gemeinde auf eine stärkere Beteiligung der Zuwanderer in Vereinen, die Rekrutierung von Schlüsselpersonen als wichtige Multiplikatoren und «Brückenbauer» zur besseren Erreichbarkeit der Zielgruppe, und den interreligiösen Dialog.

## «Marly sympa»: ein Projekt der Gemeinde Marly

Die Gemeinde Marly hat für das Projekt «Marly sympa» den Schweizer Integrationspreis 2009 erhalten. Im Zentrum stehen die Quartiersentwicklung und eine aufsuchende Jugendarbeit, die basisnah und mit unkonventionellen Ideen Jugendprojekte im Quartier umsetzt. Marly hat bereits vor 25 Jahren mit der präventiven Jugendarbeit begonnen und für den Prozess personelle Ressourcen bereitgestellt. Der integrationspolitische Ansatz ist eher offensiv und setzt proaktiv auf eine partizipative Mitwirkung. Dies sei ein zeitlich und personell aufwändiger, der im Ergebnis aber erfolgreich sei, so Michel Favre, Leiter des Projektes. Aus der Gruppe der Migranten werden «agents culturels» gewonnen, die Freiwilligenprojekte mit Jugendlichen organisieren. Die Gemeinde sieht sich als aktive und bürgernahe Verwaltung, die mit dem «esprit de Marly» die Offenheit der kommunalen Institutionen signalisiert. Mit dem Aufbau von Netzwerken und der Rekrutierung von Verbündeten für die Quartiersentwicklung werden Ressourcen und Potenziale für eine positive Entwicklung der Quartiere gewonnen.

Vergleicht man die unterschiedlichen Ansätze, so wird deutlich, dass der städtische Raum (Freiburg) gesellschaftlich stärker von Zuwanderung profitieren kann als der ländliche (St. Margarethen, Marly). Städtische Gesellschaften sind divers und ihre Offenheit erleichtert die Integration von Zuwanderern. Im ländlichen Raum kann die Zuwanderung einer vergleichsweise grossen ethnischen Gruppe wie in St. Margarethen die Integrationspotenziale der kommunalen Bürgergesellschaft überfordern und zu Abschottungstendenzen auf beiden Seiten führen.

In der abschliessenden **Podiumsdiskussion** werden die kommunalen Integrations- und Quartiersentwicklungsprozesse und die Rolle der Integrationskommissionen erörtert.

Integration findet auf kommunaler Ebene statt, hier seien der Dialog mit den Migranten und ihre Beteiligung für die Entwicklungsprozesse von zentraler Bedeutung. Politische Teilhabe sei Voraussetzung für eine «wahre» Integration, dies müsse durch ein kantonales und kommunales Wahlrecht ermöglicht werden. Grundlage für Partizipation sei die Sprache, deshalb seien gute Sprachkenntnisse auch eine notwendige Voraussetzung für die Integration. Die zweite und dritte

Generation fühle sich bereits als Schweizerinnen und Schweizer. Doch die politische Realität erschwere ihre Integration, denn noch immer gebe es keinen erleichterten Zugang zum Bürgerrecht.

Bei wachsender Zuwanderung steige auch die Angst der Aufnahmegesellschaft vor Überfremdung. Die Ausländerbeiräte und -kommissionen könnten als Brückenbauer fungieren, um Ängste und Barrieren abzubauen und den Dialog zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu fördern. Insgesamt wird ein stärkerer Einbezug der Integrationskommissionen in kommunale Entwicklungsprozesse gefordert. Es wird vermutet, dass sie aufgrund ihres konsultativen Charakters in der Quartiersentwicklung bisher kaum wahrnehmbar sind. Dies zeige sich u.a. in den «projets urbain». Die Qualität und Akzeptanz der Integrationskommissionen sei abhängig von den **Auswahlverfahren** der Mitglieder und der **Struktur** der Kommissionen, der **politischen Einbindung** und den **Kompetenzen** (beratende Funktion, Entscheidungskompetenz) sowie von finanziellen und personellen **Ressourcen**.

Die derzeitige Integrationspolitik sei insgesamt zu einseitig an die Adresse der Zuwanderer gerichtet und stelle hohe Anpassungsanforderungen. Die Sensibilisierung der Schweizer für die Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft sei im politischen Ansatz bisher zu wenig berücksichtigt. Notwendig sei ein Perspektivenwechsel von der Defizit- zur Ressourcenorientierung und somit die Etablierung einer «neuen Willkommenskultur».

*Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung:*

Gudrun Kirchhoff ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet seit Januar 2006 als wissenschaftliche Referentin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt. Ihre Schwerpunkte sind: Migration und Integration im Sozialraum, soziale Stadtteilentwicklung.

Juni 2010